



Pressemitteilung 2010-07-14

Familien brauchen die Solidarität aller

Landesfamilienrat kritisiert Kompromiss der Bundesregierung bei der Krankenversicherung

Der aktuelle Kompromiss der Regierungskoalition zum Gesundheitswesen enthält für die Versicherten höhere Beitragssätze und die Ankündigung von nach oben nicht begrenzten Zusatzbeiträgen. "Dies ist nicht nur der Einstieg in ein einkommensunabhängiges Prämienmodell, sondern bedeutet bereits jetzt eine übermäßige Belastung von kleinen und mittleren Familieneinkommen", sagte dazu Jürgen Rollin, der Vorsitzende des Landesfamilienrates Baden-Württemberg, bei der jüngsten Zusammenkunft des Verbands. "Auch der angekündigte soziale Ausgleich bei den Zusatzprämien vermag nicht zu trösten", so Jürgen Rollin, "denn dieser greift erst nach der Zwei-Prozent-Grenze und macht Familien außerdem zu Bittstellern in einem komplizierten Verfahren."

Der Landesfamilienrat spricht sich daher für die Beibehaltung des solidarischen Prinzips der Finanzierung in der gesetzlichen Krankenversicherung aus. Die Einführung einer einkommensunabhängigen Gesundheitsprämie, der sogenannten Kopfpauschale, wird Familien finanziell stärker belasten oder zu einer schlechteren Versorgung führen. Die Solidargemeinschaft aller Versicherten soll nach Ansicht des Verbandes jedoch nicht geschwächt, sondern vielmehr gestärkt und neu bewertet werden. Dazu gehören einkommensabhängige Beiträge unter Einbeziehung aller Einkünfte ebenso wie die Anhebung der Pflichtversicherungsgrenze samt Beitragsbemessungsgrenze. Von großer Bedeutung bleibt die gerechte Aufteilung der Beiträge zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Der Landesfamilienrat fordert dazu die Beibehaltung der paritätischen Finanzierung.

Für Familien ist jedoch nicht nur die Beitragsseite von Bedeutung, sondern auch die Qualität des Gesundheitssystems. Die Gesundheitsversorgung von Kindern und Familien muss auf einem hohen Niveau erhalten werden. Der 13. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung hat den Zusammenhang zwischen Einkommensarmut der Eltern und Gesundheitszustand der Kinder dramatisch verdeutlicht. "Wer Gesundheit verteuert, schmälert die Lebenserwartung von Kindern", so Rollin. Der Landesfamilienrat Baden-Württemberg ist der Auffassung, dass die Konsolidierung der Kassenfinanzen auch über die Ausgestaltung bei den Leistungen geschehen kann. Auf den Prüfstand müssen daher die Ausgaben für Arzneimittel oder der Einsatz der Gerätemedizin. Zu einer wirklichen Reform des Gesundheitswesens gehört auch eine grundlegende Strukturänderung auf der Leistungsseite beispielsweise durch eine stärkere Betonung der Prävention oder alternativer und häufig kostengünstigerer Heilmethoden. Auch das würde die Gemeinschaft langfristig von Krankheitskosten entlasten.

Der Landesfamilienrat Baden-Württemberg ist ein Zusammenschluss von Verbänden und Organisationen, die landesweit in der Arbeit für und mit Familien engagiert sind. Er versteht sich als unabhängiger und weltanschaulich neutraler Anwalt und Partner für die Belange von Familien und beteiligt sich aktiv an der Meinungsbildung politischer Entscheidungsträger.

Kontakt:

Rosemarie Daumüller, Landesfamilienrat Baden-Württemberg, Rotebühlstraße 131, 70197 Stuttgart, Telefon: 0711/625930, mail: info@landesfamilienrat.de, www.landesfamilienrat.de